

Integration

Bund will 93 Milliarden Euro für Flüchtlinge bereitstellen

Was kosten Flüchtlinge und wer zahlt? Darüber streiten Bund und Länder seit Monaten. Jetzt präsentiert das Bundesfinanzministerium eine Aufstellung bis zum Jahr 2020.

14. Mai 2016, 8:37 Uhr / Quelle: ZEIT ONLINE, afp, ek / [686 Kommentare](#)

Zur Versorgung der Flüchtlinge wird der Bund bis 2020 insgesamt rund 93,6 Milliarden Euro bereitstellen. Das geht nach einem Bericht des Magazins *Der Spiegel* aus einer Aufstellung des Bundesfinanzministeriums für die Verhandlungen mit den Ländern hervor. Die Berechnungen enthalten demnach die Ausgaben für Unterbringung und Integration, aber auch für die Bekämpfung von Fluchtursachen in Krisenregionen.

Für Sozialleistungen für anerkannte Asylbewerber, vor allem für Hartz-IV-Zahlungen und Mietzuschüsse, veranschlagten die Beamten von Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) in diesem Zeitraum 25,7 Milliarden Euro. Für Sprachkurse sind 5,7 Milliarden Euro berechnet, für Eingliederungshilfen ins Berufsleben 4,6 Milliarden. Die jährlichen Kosten steigen demnach von rund 16,1 Milliarden Euro in diesem Jahr auf 20,4 Milliarden in 2020.

Bei ihrer Schätzung unterstellten die Beamten, dass dieses Jahr 600.000 Flüchtlinge ins Land kommen, nächstes Jahr 400.000 und in den Folgejahren jeweils 300.000. 55 Prozent der anerkannten Flüchtlinge, so ihre Annahme, würden nach fünf Jahren einer Arbeit nachgehen.

Die Bundesländer fordern mehr Geld

In den vergangenen Monaten forderten die Länder, Städte und Gemeinden mehr Geld für die Versorgung von Flüchtlingen. Im April stellten die Vertreter der Bundesländer in Berlin die Ergebnisse einer Arbeitsgruppe vor. Sie beziffern die Gesamtkosten der Flüchtlingsversorgung im vergangenen Jahr auf knapp 21 Milliarden Euro, bis 2020 sollen sie auf 30 Milliarden Euro jährlich steigen. Die Hälfte der Kosten der Gemeinden und Länder soll ihrer Meinung nach der Bund tragen.

Der Bund hält die Forderung der Länder für unzulässig, weil die Berechnungen nicht nachvollziehbar seien. Das Bundesfinanzministerium ist der Auffassung, dass der Bund schon jetzt mehr als die Hälfte der Kosten schultere.



Eine gemeinsame Recherche von ZEIT, ZEIT ONLINE, ZDF und dem Recherchezentrum Correctiv hatte in dieser Woche gezeigt, dass zwei Drittel der Behörden nicht sagen können, wie viel sie tatsächlich für Flüchtlinge ausgeben [<https://www.zeit.de/2016/21/fluechtling-kosten-haushalt-bundeslaender-unterbringung>]. Eine exakte Ausgabenerfassung gibt es nicht. Zudem schwanken die mutmaßlichen Ausgaben stark zwischen einzelnen Kommunen: Die Stadt Saarlouis etwa zahlt im Schnitt 288 Euro pro Monat und Flüchtling, der Landkreis Lörrach am Bodensee 1.212 Euro.

"Eine vollständige Darstellung der in den Kommunen veranschlagten Kosten ist aufgrund der Vielzahl unterschiedlicher Ansätze und der Notwendigkeit langwieriger Erhebungen in dem vorgegebenen Zeitrahmen nicht möglich", heißt es aus den Kreisen der Arbeitsgruppe der Länder. Trotzdem sind die Länder sicher, dass sie mehr Geld vom Bund benötigen. Bis 31. Mai wollen sich Bund und Länder auf die genaue Verteilung der Kosten einigen.

STARTSEITE › [<https://www.zeit.de/index>]